

Berliner Tageblatt



Nr. 572

und Handels-Zeitung

Donnerabend, 3. Dezember 1927

Druck und Verlag von Rudolf Wolke in Berlin.

Debatte über die Abrüstungskonferenz.

Zusammentritt der nächsten Tagung der Vorkonferenz am 15. März 1928.

Ein Antrag Litwinow und ein Zusatzantrag Bernstorff.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 8. Dezember.

In der vorbereitenden Abrüstungskommission der heute vormittag über das Datum der fünften Tagung dieser Kommission beraten. Benesch wiederholte zu seinem Vorschlag, das Sicherheitskomitee am 1. Februar einzuberufen. Litwinow bestritt jedoch einmal in einer Erklärung den Zusammenhang der beiden des Sicherheitskomitees mit den Arbeiten der vorbereitenden Kommission. Die Verhandlungen des Sicherheitskomitees hätten sich in dieser Aufstellung betreffen. Diese Beratungen hätten sich hauptsächlich mit der Auslegung des Vates befähigt. Demgegenüber müsse er nun erinnern, daß gewisse in der vorbereitenden Kommission tretende Länder nicht dem Völkerbund angehören, und daß gemäß diese Kommission einen anderen Charakter trage als Sicherheitskomitee. Der russische Vertreter brachte jedoch eine Resolution ein: „Angesichts der Kompliziertheit dem Sicherheitskomitee gestellten Probleme und unvermeidlichen Langsamkeit seiner Arbeiten und angesichts Umstände, daß die Lösung des Abrüstungsproblems und für sich die wirksamste Sicherheitsgarantie gibt und deshalb weder die Diskussion noch die Lösung dem Sicherheitskomitee gestellten Probleme zur Voraussetzung bedürftig; die vorbereitende Kommission, daß die unmittelbare Erörterung der Abrüstungsfrage sowie das Datum für die vorbereitende Kommission in seiner Weise von den Arbeiten der Ergebnisse des Sicherheitskomitees abhängt, und daß dieses Datum in der gegenwärtigen Tagung der Kommission festgesetzt werden muß.“ Litwinow schlägt den 10. Januar vor. Graf Bernstorff wies auf Schwierigkeiten hin, die darin beständen, daß die Resolution Litwinows dem Kommissionsbeschluss der Verhandlung über Zusammenhang der beiden Körperschaften widerspricht. Sitzung wurde hierauf unterbrochen um der deutschen Delegation Gelegenheit zu geben, einen Änderungsantrag einzubringen, der eine Einigung ermöglichen sollte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung stellte Graf Bernstorff einen Änderungsantrag zur Resolution Litwinows, der folgende Punkte umfaßte: Er bestreite das Bestehen des Sicherheitskomitees, einen Stand der Dinge herbeizuführen, der den verschiedenen Ländern ermöglicht, ihre Rüstungsgegenstände so niedrig als möglich festzusetzen. Dies werde jedoch nur möglich sein, wenn die vorbereitende Kommission den Entwurf eines Kommissars ausgearbeitet habe, auf Grund dessen man wisse, welcher Weise die Rüstungsgegenstände einzusetzen im Ansehen für die Arbeit des Sicherheitskomitees von den Arbeiten der vorbereitenden Kommission getrennt. Die vorbereitende Kommission müsse die Möglichkeit haben, selbst den

Entwurf auszuarbeiten. Nur wenn dies geschehe, werde der Beschluss der Versammlung erfüllt, der die vorbereitende Kommission beauftragt, ihre Arbeiten zu beschleunigen, um die Abrüstungskonferenz baldmöglichst einzuberufen zu können. Er schloß mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß man im Interesse des Ansehens des Völkerbundes den Beschluss der Versammlung baldmöglichst erfüllen müsse. Von Völkerbundsproblemen interessierte das der Abrüstung die öffentliche Meinung der Welt am stärksten. Die von der deutschen Delegation vorgeschlagene Resolution betont in Übereinstimmung mit der russischen ebenfalls die Kompliziertheit der dem Sicherheitskomitee gestellten Probleme, die unvermeidliche Langsamkeit ihrer Arbeiten und betont ebenfalls, daß die Lösung des Abrüstungsproblems an und für sich die wirksamste Sicherheitsgarantie bedeute. Die Resolution verweist auf den bekannten Beschluss der Versammlung, daß der Entwurf des Abkommens über die Abrüstung auf der Grundlage der gegenwärtigen Sicherheitsverhältnisse ausgearbeitet werden solle und erklärt, daß das Datum für die nächste Tagung der vorbereitenden Kommission in seiner Weise von der Arbeit des Sicherheitskomitees abhängen dürfe. Das Datum für die nächste Session der vorbereitenden Abrüstungskommission müsse möglichst früh angesetzt werden.

Hiernach gestaltete sich die Debatte über den letzten Redeschlag über die Frage des Datums der nächsten Tagung. Lord Cuthbertson lehnte die Anträge Litwinows und des Grafen Bernstorff ab und sprach sich gegen ein zu frühes Datum aus. Graf Bernstorff betonte auf Grund seiner Instruktionen, daß es sich darum handele, daß unter allen Umständen die Abrüstungskonferenz noch im Jahre 1928 zusammentreten könne. Aus diesem Grunde dürfe man die Vorbereitungsarbeiten nicht durch zu späte Einberufung der Kommission verhalten. Paul-Doucour wollte dann wieder die Sicherheitsfrage auf und erwiderte die bekannte französische These. Er stimmte dem Grafen Bernstorff darin zu, daß man alles tun müsse, um die Abrüstungskonferenz 1928 abhalten zu können; aber deshalb sei es notwendig, daß die Arbeit der vorbereitenden Kommission erfolgreich sei.

Der Präsident schlägt vor, daß man lediglich über den deutschen Antrag über ein frühzeitiges Datum für die nächste Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission abstimmen soll. Das Präsidium schlägt den 15. März 1928 vor. Graf Bernstorff stellt, nachdem er den Präsidenten die Frage, ob er es technisch für möglich halte, die Abrüstungskonferenz im Jahre 1928 einzuberufen. Der Präsident erwidert, das Bureau sei der Meinung, wenn alles gut gehe, werde dies wohl möglich sein. Nachdem Litwinow noch einmal für den 10. Januar eingetreten ist und Graf Bernstorff sich zur Annahme des Vorschlags des Präsidenten bereit erklärt hat, wird ohne weiteres das Datum der nächsten Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission auf den 15. März 1928 festgesetzt.

Das Sicherheitskomitee wird gemäß dem Vorschlag seines Vorsitzenden am 20. Februar 1928 zusammentreten.

Der Ruck nach links.

Dr. Ludwig Haas (Karlsruhe), Mitglied des Reichstags.

Der Ruck nach links ist offensichtlich, so offensichtlich, daß er auch von den Rechten nicht mehr bestritten wird. Die Wahlergebnisse von Hamburg, Bremen, Danzig, Gießen und Braunschweig sprechen eine deutliche Sprache. Sie klingen nicht weniger laut in den Gemeindevahlen. Tausende, Zehntausende, Hunderttausende, deren Grundstimmung weder konservativ noch reaktionär war, waren in den Jahren der größten Not und der Verweifung — damals, als die Linke den deutschen Staat gerettet hatte — nach rechts abgewandert. Sie kehren zurück. Sie haben erkannt, daß die Rechte viel versprochen und nichts gehalten hat.

Wir wollen nicht in die Methoden deutchnationaler Unteroffiziere und deutchnationaler Generale verfallen. Wir haben in den letzten Jahren manchmal nicht gewußt, ob dort drüben den politischen Kampf ihre Unteroffiziere oder ihre Generale unvornehmer führen. Wir wissen, daß es konservative und fortschrittliche Denker gibt und daß der Staat, daß jeder Staat die Kraft und die Werte beider Anschauungen braucht. Wir würdigen die politischen Stimmungen einer alten Tradition. Wir wissen, daß es vortreffliche Männer auch im anderen Lager gibt. Von dem Menschen mit konservativer Seele und mit alter konservativer aristokratischer Staatsauffassung sprechen wir nicht. Auf der Rechten ist ihr gebührender Platz. Wir können nur fragen, ob die Demagogie der letzten Jahre, ob die Revoluten der Hitlerleute, die Staatsstreichpläne eines Krah und seiner Freunde, ob die daherische Politik unter Kahr und Aniling, ob die Hege gegen die Republik und ihr Erzähler wirklich konservativ oder nicht vielmehr revolutionär und zerfetzend war.

Wir sprechen von den Männern und Frauen, die innerlich zu uns gehören, die keinen Staat der Privilegien wollen, die schon einmal voll Zorn das Unglück des Feudalismus und das größere Unglück einer feudalistischen, von der alten Herrschaft geduldeten Klasse erkannt hatten, und die dann doch wieder ihre Bundesgenossen geworden waren. Sie sind für die kommende Wahl bereit. Sie bleiben — so hoffen wir — dauernd bereit. Baron v. Rheinbaben, der Volksparteiler, schreibt: „Sollten die nächsten Reichstagswahlen infolge weiterer Auspeitschung materieller Instinthe bei Außerachtlassen höchster staatspolitischer Notwendigkeiten wirklich jenen schon jetzt in demokratischen und sozialistischen Blättern täglich verkündeten „Ruck nach links“ bringen, dann sehe ich persönlich kein anderes Mittel, als dieser „Ruck“ einwandfrei die Verantwortung für die Durchführung ihrer rein agitatorischen Vorhaben zu übertragen, damit wir endlich das Gewebe von Lug und Trug zerreißen, das auf diesem für unsere Zukunft schicksalhaft wichtigsten Gebiete auf unser Volk gelegt worden ist!“

Wer hat denn die materiellen Instinthe ausgepeitscht? Wer hat für die Not, die der Krieg geschaffen hat, mit niedrigerer Demagogie die Republik verantwortlich gemacht? Wer hat den Glauben geweckt, daß eine Regierung der Rechten eine Regierung niedriger Steuern sein werde? Wer hat die Lehre verbreitet, daß der Unternehmer aus wirtschaftlichen Interessen rechts stehen müsse? Wer hat den brutalen Klassenkampf von rechts gepredigt und gegen alle nationalen Interessen die Sozialdemokratie in die Staatsverneinung stoßen wollen? Wer hat Versprechungen über Versprechungen gemacht? Nicht nur Herr Seigt versprach die 100prozentige Aufwertung. Hat nicht die Volkspartei in Waden mit dem guten, ehrlichen Namen Dingers Reichbrauch getrieben und den Rentnern zugerufen: „Wählt den Umwalt der Entrechteten! Wählt Deutsche Volkspartei!“ Darf sie sich wundern, wenn die von ihr gemeinsam mit der deutchnationalen Volkspartei ausgepeitschten materiellen Instinthe sich nach dem Bruch feierlicher Versprechungen gegen sie wenden?

Der Herr Baron v. Rheinbaben möge untersuchen, warum Volkspartei und Deutchnationale über das natürliche Maß hinaus in den letzten Jahren gewachsen waren. Vielleicht sticht er bei seiner Untersuchung auf mancherlei materielle Interessen. Er könnte auch einmal prüfen, warum gewisse industrielle Kreise gerade in der Volkspartei ihre geistliche Vertretung haben. Vielleicht erhalten wir die früheste Antwort, es sei aus Idealismus geschehen. Aber ein Gewinn wäre es, wenn er gemeinsam mit uns erklären würde, es sei unanständig und nicht vaterländisch, von einer Partei die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen einer einzelnen wirtschaftlichen Gruppe zu erhoffen und zu erwarten.

Das Gewebe von Lug und Trug ist zerfissen. Es ist auch auf dem Gebiete der Außenpolitik zerfissen. Da wir nicht ungerecht, wie Herr v. Rheinbaben werden wollen, sei festgestellt, daß Stresemann keine Partei früher von diesem Gewebe befreit hat, als die deutchnationalen Führer. Von denen weiß man nicht recht, ob sie an dem Gewebe noch weben oder ob sie es zerreißen. Aber die Volkspartei hat bis Mitte 1923 heilig mitgewacht. Die Hege gegen die Politik der Verhandigung, gegen Birck und Rathenau, war nicht nur deutchnationale Arbeit. Die Wähler haben erkannt, daß Stresemann keine andere Politik

Eine Aussprache Briand-Litwinow.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 8. Dezember.

Vertinag sagt im „Echo de Paris“, die Hoffnung Paul-Doucour's jetzt das Eingreifen Briands. Paul-Doucour habe Litwinow zu bestimmen, nicht eher abzureisen, als bis er mit dem französischen Außenminister gesprochen habe. Erfolgt werde es Briand gelingen, die Situation etwas besser zu machen. Es ist nicht nötig, so sagen, daß Vertinag seine Ansichten über Briand nicht geändert hat. Gerade deshalb wirkt es etwas komisch, wenn auch dieser Kriegesabter von im Eintreffen der oft verpöbelten Friedensstaube die Rettung wartet.

Deutschland auf der kommenden Ratsagung.

Im Vordergrund der am Montag in Genf beginnenden Ratsagung steht der polnisch-litauische Konflikt der durch die letzten Äußerungen des Morikowskis Bismuth eine wesentliche Veränderung erfahren hat. Deutscherseits hat man naturgemäß alles Interesse daran, daß der Kriegszustand zwischen den beiden Staaten endlich aufhört. Es ist aber eine Selbstverständlichkeit, daß von deutscher Seite aus in keinem Falle eine Zwangsaustragung getreten wird, um so mehr, als das deutsch-litauische Verhältnis durch die letzten erfolgte Bildung des Klemmer Direktoriums eine Verbesserung erfahren hat. Als zweiter Punkt wird wiederum die Frage der Danziger Hoheitsrechte insphoren in Danziger werden behandelt werden. Auch über die „Calamitas“-Frage wird man verhandeln, mit der deutschen Regierung zu einer Einigung zu kommen. Ein weiterer Punkt, der zur Debatte steht, ist die Zahl der Ratsstagungen, die künftig im Jahre abgehalten werden sollen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird man sich in dieser letzten Frage auf der Tagungen im Jahr einigen, wobei allerdings möglicherweise für eine gewisse Überlegungszeit eine überweiche Regelung getroffen wird.

Die deutsche Delegation tritt entgegen der bisherigen Annahme nicht geschlossen nach Genf, vielmehr hat sich Ministerdirektor Dr. Gaus bereits getrennt nach Genf begeben, während Staatssekretär

Schubert und der Presschef Jechlin heute abends abreisen. Der Staatssekretär Pander wird durch die augenblickliche Geschäftslage noch in Berlin zurückgehalten. Falls diese es zuläßt, wird er später nach Genf nachkommen.

Der litauische Ministerpräsident Wolde maras ist heute vormittag, 9 Uhr in Berlin eingetroffen. Er wird ebenfalls heute abend nach Genf weiterreisen. Die ursprüngliche Annahme, daß er entweder in Berlin oder unterwegs mit Dr. Stresemann zusammenzutreffen werde, bestätigt sich nicht. Vielmehr werden sich beide Staatsmänner erst in Genf treffen.

Der Dresdener Eisenbahnersstreik beendet.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Dresden, 8. Dezember.

Der Konflikt im Reichseisenbahndirektionsbezirk Dresden ist heute mittag beigelegt worden. Wie die Nachrichtenstelle der Reichseisenbahndirektion Dresden mitteilt, haben die seit gestern unter dem Vorsitz des Reichseisenbahndirektors Geheimen Ratsrats Dr. Kühne von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit der Direktion Dresden und dem Eisenbahner-Einheitsverbande geschlossenen Verhandlungen ein Ergebnis erzielt, das beiden Seiten gebührend Rechnung zu tragen sucht. Der Betrieb in den Dresdener Dienststellen wird umgehend wieder aufgenommen. Da Sabotageakte nicht vorgekommen sind, konnte von Disziplinarmaßnahmen abgesehen werden. Reichsbahn und Gewerkschaften werden im Einvernehmen alle noch nicht erledigten Fragen wie Rationalisierung des Werkstättenbetriebes, ordnungsmäßige Durchführung der Gedingearbeit und anderes mehr regeln.

Das Antwortschreiben des Reichsanstalters an den preussischen Ministerpräsidenten Braun wird im Laufe des heutigen Tages noch dem preussischen Ministerpräsidenten zugewandt und heute abend veröffentlicht werden. Der Inhalt des Antwortschreibes dürfte nach unseren Informationen im wesentlichen dem entsprechen, was wir bereits gestern mitgeteilt haben.